



Politikempfehlungen

In den vergangenen zwei Jahren haben die sCAN-Partner eng zusammengearbeitet, um Hassrede online zu beobachten und zu analysieren, sowie um Online- und Offline-Trainings zu entwickeln. Wir haben unsere Erkenntnisse einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt und gemeinsam zur Befähigung der Zivilgesellschaft hinsichtlich der Bekämpfung von Hassrede beigetragen. Durch unsere Aktivitäten haben wir wertvolle Erfahrungen und Verbesserungsvorschläge gesammelt. Alle Interessengruppen sind aufgerufen, ihre Bemühungen zu intensivieren, um eine Online-Umgebung zu schaffen, die respektvoll und inklusiv für alle Nutzer ist.

Wir möchten unsere Erfahrungen austauschen und den Institutionen der Europäischen Union, nationalen Behörden und öffentlichen Einrichtungen, Politiker*innen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, sozialen Medienunternehmen, Medien und Journalist*innen sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und den einzelnen Internetnutzer*innen Empfehlungen geben, wie sie alle Formen von Hassreden im Internet besser bekämpfen können.

Empfehlungen für die Europäische Union

Regelmäßiges Monitoring ist wichtig, um transnationale Trends in Bezug auf Cyberhass zu analysieren und ein Verständnis dafür aufzubauen, wie die überwachten IT-Unternehmen den Verhaltenskodex der Europäischen Union zur Bekämpfung illegaler Hassreden im Internet umsetzen.¹

Wir empfehlen der Europäischen Union daher, **mehr Soziale Netzwerke zu ermutigen, sich ihrem Verhaltenskodex anzuschließen und dabei besonders auf kleinere Plattformen zu achten**, die als „sichere Häfen“ für Intoleranz und Hassrede im Internet angesehen werden können.

Um einen besseren Einblick zu erhalten, ist es wichtig, die Leistung von IT-Unternehmen unter „alltäglichen“ Bedingungen zu testen. Die Erfahrung der sCAN-Partner zeigt, dass IT-Unternehmen sich oft des Zeitpunkts der Monitoring-Maßnahmen sowie der darin mitwirkenden Organisationen bewusst sind. Um die Aussagekraft der Ergebnisse solcher Maßnahmen zu verbessern, empfehlen wir die **Durchführung „stiller“ Monitoring-Runden, bei denen die IT-Unternehmen die Termine und die teilnehmenden Organisationen nicht kennen**.

IT-Unternehmen sind dafür verantwortlich, illegale Hassrede von Einzelpersonen zu entfernen. Die im Rahmen des sCAN-Projekts durchgeführte Untersuchung zeigt, dass Hassrede, die von Politiker*innen und anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens mit großer Öffentlichkeitswirkung verbreitet und/oder gefördert wird, nachteilige Auswirkungen auf die Kultur der Online-Kommunikation haben kann. „Hass-Influencer“ verwenden ähnliche Kommunikationsmethoden wie die klassischen Influencer, fördern dabei jedoch aktiv Hassrede auf ihren Kanälen und können damit sogar verschiedene Formen von Online-Hass und Gewalt heraufbeschwören.

Wir empfehlen, **die Methodik des EU Monitoring dahingehend zu ändern, dass mehr Gewicht auf Gruppen und Meldungen von Einzelpersonen gelegt wird, die ständig Hassrede an ein breites Publikum verbreiten oder als Katalysator für illegale Hassrede fungieren**.

¹ Vgl. https://ec.europa.eu/info/policies/justice-and-fundamental-rights/combating-discrimination/racism-and-xenophobia/eu-code-conduct-countering-illegal-hate-speech-online_en (Letzter Abruf: 07.04.2020)



Empfehlungen an nationale Behörden und Einrichtungen

Regierungen sollten **nationale Aktionspläne zur Bekämpfung von Hassrede entwerfen**, in denen die prioritären Bereiche in der jeweiligen Gesellschaft identifiziert werden und den Trends im Internet und in den Sozialen Medien besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die nationalen Aktionspläne sollten Indikatoren enthalten, eine regelmäßige Bewertung der durchgeführten Maßnahmen vorsehen und angemessene Ressourcen für die Umsetzung der Maßnahmen bereitstellen.

Die nationalen Behörden sollten **nationalen Datenerhebungssysteme für Hassrede einführen oder bereits bestehende verfeinern**, um eine **wirksame Erfassung** von Straftaten und Vergehen zu gewährleisten.

Darüber hinaus sollten die Regierungen **starke Konsultationsmechanismen mit einem breiten Spektrum unterschiedlicher Interessengruppen** einführen, um ihre Politik zu verbessern und sie so integrativ wie möglich zu gestalten. Darüber hinaus sollten die Regierungsstellen **das Prinzip der Intersektionalität in allen Gleichstellungspolitiken verankern**, um zu vermeiden, dass die Erfahrungen derjenigen, die mit Mehrfachdiskriminierung konfrontiert sind, übersehen werden.

Behörden und öffentliche Einrichtungen sind aufgerufen, **illegale Hassrede rechtzeitig und angemessen zu verfolgen**, da diese eine abschreckende Wirkung auf die Gesellschaft im Allgemeinen hat.

Darüber hinaus müssen Behörden und öffentliche Einrichtungen die **volle Unabhängigkeit von Organisationen der Medienselektregulierung und anderer unabhängiger Institutionen gewährleisten** und davon absehen, politischen Druck auf diese Stellen auszuüben.

Die **Strafverfolgungsbehörden sollten ihre Zusammenarbeit mit Minderheitengruppen und -gemeinschaften verstärken**, um das Wesen und die Dynamik von Hassrede gegen diese Gemeinschaften besser zu verstehen.

Empfehlungen für Politiker*innen und Personen des öffentlichen Lebens

Unsere Untersuchungen zeigen, dass Politiker*innen und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens eine besondere Verantwortung tragen, da sie in Online-Debatten den Ton angeben. Eine Kultur der Online-Kommunikation, in der Hassrede akzeptiert (oder sogar gefördert) zu werden scheint, kann zu vergifteten politischen Debatten und gewalttätigen Drohungen gegen diejenigen führen, die als politische „Feind*innen“ wahrgenommen werden, und sogar gewalttätig enden.

Wir fordern daher Politiker*innen und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens dringend auf, diese **politisch-gesellschaftliche Verantwortung anzunehmen und davon abzusehen, Hassrede online zu verbreiten oder zu fördern**. Die Verpflichtung dazu könnte durch **einen freiwilligen Verhaltenskodex zur Förderung respektvoller und integrativer Online-Kommunikation** zum Ausdruck gebracht werden.

Darüber hinaus müssen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Politiker*innen und hochrangige Beamte*innen von Behörden **Hassrede klar verurteilen und Gegenrede fördern**. Zudem sollten **alle politischen Parteien** Hassrede verurteilen und ihre **Mitglieder und Anhänger*innen auffordern, von der Verbreitung Online-Hasses abzusehen**.

Die Betreiber*innen öffentlicher Kanäle in Sozialen Netzwerken sollten eine **„Netiquette“ oder ähnliche Kommunikationsregeln einführen und durchsetzen**. Diese Regeln sollten darauf ausgerichtet sein, Hassrede zu bekämpfen und die Meinungsfreiheit zu respektieren.



Politiker*innen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sollten sich ihrer Verantwortung stellen, ihre Seiten auf Sozialen Netzwerken und ihre Kommentarbereiche zu moderieren und hasserfüllte Kommentare zu entfernen. **Insbesondere bei Kanälen mit großer Reichweite und einem breiten Publikum ist eine erkennbare und konsequente Moderation entscheidend.**

Alle oben genannten Parteien sollten **ihre Unterstützung benachteiligter Gruppen, die von Hassrede im Internet betroffen sind, öffentlich kommunizieren und deren Rechte anerkennen.**

Empfehlungen für Social-Media-Plattformen

Über die **Entfernung offenkundig illegaler Inhalte** von ihren Plattformen hinaus, sollten Social-Media-Unternehmen größere Anstrengungen unternehmen, um ihre **Gemeinschaftsrichtlinien wirksam durchzusetzen** und eine **respektvolle Online-Kommunikation zu fördern.**

Dies ist besonders wichtig, wenn Hassrede von einflussreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verbreitet oder gefördert wird. Wegen ihres großen Einflusses auf die Gesellschaft sollte **Hassrede, die von Politiker*innen oder anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verbreitet wird, klar als solche gekennzeichnet und nach den Gemeinschaftsstandards der Unternehmen sanktioniert werden.**

Um wirksam gegen Hassrede vorzugehen, sind außerdem **stärkere Maßnahmen in Bezug auf Profile und Seiten erforderlich, auf denen regelmäßig Hassrede an eine große Fangemeinde verbreitet wird.**

Darüber hinaus fordern die sCAN-Partner **alle Social-Media-Plattformen, unabhängig von ihrer Größe, auf, sich dem EU-Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet anzuschließen. Alle Social-Media-Plattformen sollten sich verstärkt darum bemühen, illegale Inhalte, die ihnen gemeldet wurden, zeitnah zu entfernen, und eine direkte und kontinuierliche Kommunikation mit ihren Nutzer*innen sowie mit Trusted Flaggen aufbauen.**

Darüber hinaus sind die Social-Media-Unternehmen aufgerufen, **mehr Ressourcen in die wissenschaftliche Erforschung und Datenanalyse von Hassrede-Phänomenen zu investieren**, um das Verständnis von Trends in diesem Bereich zu verbessern. Die Einsetzung eines Teams, das sich speziell auf den Umgang mit Online-Hassrede konzentriert, könnte dazu beitragen.

Empfehlungen für Journalist*innen und die Medien

Die Medien sollten darauf achten, **unvoreingenommen über benachteiligte Gemeinschaften zu berichten.** Sie sollten zudem **die Zusammenarbeit mit NGOs**, die auf dem Gebiet des Schutzes von Menschenrechten tätig sind, sowie mit **Vertreter*innen benachteiligter Gemeinschaften verstärken, um Journalist*innen für die Stereotypen und Hassredeformen zu sensibilisieren**, mit denen die entsprechenden Gemeinschaften online häufig konfrontiert sind.

Medien, die Online-Plattformen wie Facebook oder YouTube zur Verbreitung ihrer Nachrichten nutzen, sollten **die Verantwortung für die Moderation der Kommentarabschnitte unter ihren Artikeln und Videos übernehmen.** Dazu müssen sie **klare Regeln für eine akzeptable Kommunikation** auf ihren Kanälen verabschieden und diese **konsequent durchsetzen.** Eine **verlässliche Moderation** ist entscheidend, um zu verhindern, dass hasserfüllte Inhalte Feindseligkeiten reproduzieren und die Diskussionen dominieren.



Die Medienregulierung muss in allen Fällen von Hassrede **hart durchgreifen und angemessene Geldstrafen verhängen**, um die Verbreitung aller intoleranten Äußerungen zu bestrafen, aber auch um diese zu verhindern.

Empfehlungen für die Zivilgesellschaft und Internetnutzer*innen

Alle Internetnutzer*innen können dazu beitragen, Hassreden einzudämmen, indem sie sich mit den **Menschen und Gemeinschaften solidarisch zeigen, gegen die sich der Online-Hass richtet**.

Die Nutzer*innen können hasserfüllte Äußerungen auch **durch Gegenrede anfechten, hasserfüllte Stereotype dekonstruieren und Fake News und Manipulationen entlarven**.

Organisationen der Zivilgesellschaft sollten **neue Wege zur Bekämpfung von Hassrede im Internet** entwickeln, die über das Melden offensichtlich illegale Hassrede an IT-Unternehmen hinausgehen. Dazu können **neue Arten von Gegenmaßnahmen gehören, die auf die Geschäftsmodelle von Hassrede-Websites oder Social-Media-Seiten abzielen**, wie sie beispielsweise die Initiative „Sleeping Giants“ anregt.²

Organisationen der Zivilgesellschaft sollten ihre Kooperationsbemühungen weiter intensivieren und **Arbeitsgruppen zu bestimmten Hassarten oder Social-Media-Plattformen einrichten**, um **zielgerichteter Anstrengungen gegen einflussreiche Seiten** zu vorzunehmen, die von der routinemäßigen Verbreitung von Hassrede an viele Anhänger profitieren.

Während die meisten zivilgesellschaftlichen Organisationen dazu neigen, sich auf bestimmte Arten von Hassrede wie Rassismus, Antisemitismus oder antimuslimischen Hass zu konzentrieren, ist es **wichtig, auch andere Arten von Hassrede (z.B. Misogynie, Homophobie, Transphobie, Interphobie, Behindertendiskriminierung, Altersdiskriminierung) in ihre Analysen und Aktionskampagnen einzubeziehen**. Darüber hinaus sollten die Organisationen der Zivilgesellschaft ihre Bemühungen verstärken, **über intersektionale Hassrede zu berichten und dieser entgegenzuwirken**.

Des Weiteren zeigt die Forschung des sCAN-Projekts, dass Aktionen zur Bekämpfung von Hassrede nicht auf große soziale Medienplattformen beschränkt werden sollten. Die **zivilgesellschaftlichen Organisationen sollten daher ihren Schwerpunkt auf die Analyse von Hassrede auf alternativen Plattformen** wie Telegram, VK oder Gab.ai ausweiten und diese in ihre Kampagnen einbeziehen.

² Für weitere Informationen zu den „Sleeping Giants“: https://twitter.com/slpng_giants (Letzter Abruf: 30.03.2020).



Fazit

Die Erfahrungen des sCAN-Projekts zeigen, dass es bereits vielversprechende Initiativen zur Bekämpfung von Cyberhass gibt, jedoch noch mehr getan werden muss. Abgesehen von den einzelnen Empfehlungen, die in diesem Paper vorgestellt werden, ist eine **engere Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, Mitgliedern der betroffenen Gemeinschaften, den Medien, der Internetindustrie und den Behörden erforderlich**, um die Verbreitung von Hassrede im Internet wirksam einzudämmen. Da das Internet nicht durch nationale Grenzen beschränkt wird, ist eine **stärkere transnationale Zusammenarbeit zwischen allen Interessengruppen erforderlich**, um einen gemeinsamen Ansatz für dieses Problem zu finden.

Die sCAN-Partnerschaft wird eine Bestandsaufnahme der Erkenntnisse und Forschungsergebnisse der letzten zwei Jahre vornehmen, um Folgeinitiativen zu planen, mit dem Ziel, Monitoring, Analyse, Schulung und Lobbyarbeit gegen alle Formen von Online-Hassrede zu verbessern und erhöhen.



Zum sCAN-Projekt

Das sCAN-Projekt wird von der französischen Organisation LICRA (Internationale Liga gegen Rassismus und Antisemitismus) koordiniert und umfasst 10 verschiedene europäische Partner: ZARA - Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit aus Österreich, CEJI-A Jewish contribution to an inclusive Europe aus Belgien, Human Rights House Zagreb aus Kroatien, ROMEA aus der Tschechischen Republik, Respect Zone aus Frankreich, jugendschutz.net aus Deutschland, CESIE aus Italien, Latvian Centre For Human Rights aus Lettland und die Universität Ljubljana, Fakultät für Sozialwissenschaften aus Slowenien. Ziel des Projekts ist es, Expertise, Werkzeuge, Methoden und Wissen über Cyberhass zu sammeln und umfassende transnationale Praktiken zur Identifizierung, Analyse, Berichterstattung und Bekämpfung von Online-Hassrede zu entwickeln.

Für weitere Informationen besuchen Sie bitte: www.scan-project.eu



sCAN is funded by the European Commission Directorate – General for Justice and Consumers within the framework of the Rights, Equality and Citizenship (REC) Programme of the European Union.